

09.10.2018

## Parteilpolitische Ziele der Partei DIE LINKE. bezüglich der Umweltpolitischen Fragen des Bund Naturschutzes Ro

Vorbemerkung in Schwarz  
Fragen des Bund Naturschutzes in Blau  
Antworten der Linken in Rot

### Landwirtschaft

Es ist erwiesen, dass zum großen Teil durch die moderne, industrielle Landwirtschaft

- der dramatische Artenschwund von Insekten, Vögeln, Kleinsäugetieren und Bodenlebewesen, bedingt durch ausgeräumte Landschaften, Monokulturen, Überdüngung, Übernutzung wie z. B. 6-malige Mahd und massiver Einsatz von Pestiziden wie z. B. Glyphosat, das als Breitbandherbizid jede Pflanze tötet, die nicht gentechnisch so verändert wurde, dass sie den Herbizideinsatz überlebt und
- die Belastung unseres Grundwasser mit Pestiziden und Nitrat aus Dünger (Gülle), durch Massentierhaltung, große Bewirtschaftungsflächen und massiver Einsatz von Pestiziden aller Art verursacht.

Werden Sie sich in ihrer Partei, im Landtag dafür einsetzen bzw. ggf. in den Bundestag / Bundesrat einbringen, dass

- statt der intensiven Bewirtschaftung eine ökologische, bäuerliche und regional ausgerichtete Landwirtschaft vorangetrieben, unterstützt und höher subventioniert wird?
  - Für uns als Partei gilt: Wochenmarkt vor Weltmarkt!
  - Wir fördern und fordern den Zusammenschluss und die Kooperation von Bäuer\*innen (z.B. durch Erzeuger- oder Absatzgenossenschaften)
  - Wir unterstützen regionale Produkte in Form einer „grünen Kiste“ bis hin zu einem Regionalladen vor Ort
  - DIE LINKE fordert einen Mindestpreis für Agrarprodukte wie beispielsweise Milch. Wir teilen die Forderung der Bauern nach Minimum 42 Cent pro Liter Milch. Die bisherige Subventionspolitik hat hauptsächlich zu stärkeren Exporten geführt
  -
- Richtlinien zu einer Extensivierung unserer Landwirtschaft eingebracht werden?
  - Auch hier ein entschiedenes JA! Der einzelne Mensch denkt, in der Masse wird er zum Herdentier. Ebenso gilt dieser Spruch in der Wirtschaft. Ein einzelner Unternehmer\*in/Bauer\*in kann ökologisch und nachhaltig arbeiten, in der Masse aber sorgen Konkurrenz und Profitzwang für eine höherer Intensivierung, mehr Erzeugnisse und somit für niedrigere Preise. Ergebnis: Den Bauern geht es trotz mehr Erzeugnissen schlechter und wir verkaufen Abfallprodukte und Milchpulver nach Afrika und zerstören sowohl unsere als auch deren Märkte. Gewinner ist die Großindustrie.  
Wir wollen einen Regionalmarkt, die grüne Kiste, Fleischkontingente für die Regionen, genossenschaftliche Bauernverbände, Mischkultur statt Monokultur und Anreize für die Bauern, weniger, aber ökologischer anzubauen.
- Streuobst- und Wildblumenwiesen als wichtige Lebensräume gefördert werden?
  - Wir setzen uns für Artenvielfalt und heterogene Lebensräume ein. D.h. auch Streuobst- und Wildblumenwiesen sind notwendig, um für alle Tiere natürliche Schutzräume zu bieten. Wir unterstützen das Volksbegehren gegen das

- Bienensterben, als auch Habitate wie Wildblumenwiesen für Bienen.
- der Pestizideinsatz z.B. Glyphosat und weitere Neonicotinoide (außer den bereits verbotenen) in der Landwirtschaft, aber auch in Kommunen und Privathaushalten reduziert bzw. verboten wird?
  - Wir fordern ein totales Verbot von gesundheitsgefährdenden Herbiziden, u.a. Glyphosat
- das Ausbringen von Dünger (Gülle) reduziert und streng geregelt wird, und zwar bereits vor Erreichen des Vorsorgewerts von 37,5 mg/l im Grundwasser?
  - Vor der Gülle kommt die Tierzucht. Es muss eine strenge Begrenzung der Größe von Tierzuchtbetrieben geben.  
Wir wollen eine Wende in der Landwirtschaft hinzu einer ökologischeren und regionalen Bewirtschaftung. Dies geht einher mit einer Reduktion von Gülleeinsatz und anderen Formen als der Monokultur, u.a. Permakultur.
  - Wasser ist Gemeineigentum und ist elementarer Bestandteil des Lebens. Daher Setzen wir uns für bestmögliche Wasserqualität ein. Ja wir unterstützen eine strenge Regelung.
- Flächen für Trinkwasserschutzgebiete deutlich gesteigert werden?
  - Wir sehen Auenschutz als gelebten Klima-, Natur- und Hochwasserschutz; dies beinhaltet einen Nationalpark Donauauen.
  - die Renaturierung von Flussläufen beispielsweise durch das Entfernen von Uferverbauungen ist ein weiteres unserer Anliegen.
  - Wir wollen flächendeckende und engmaschige Kontrollen der bayerischen Gewässer auf Schadstoffe, insbesondere auch auf Pflanzenschutzmittel, hormonaktive Substanzen, Mikroplastik, antibiotikaresistente Bakterien und multiresistente Keime. Nicht nur Kontrollen, sondern auch größere und besser versorgte Trinkwasserschutzgebiete gehören für uns selbstverständlich dazu.

### Verkehr

Wie ist Ihre Meinung zum 6-spurigen Ausbau der A8, RO-Landesgrenze und zur 2-gleisigen Neubaustrecke RO-Kufstein als Brenner-Nordzulauf?

Werden Sie sich in ihrer Partei, im Landtag dafür einsetzen bzw. ggf. in den Bundestag / Bundesrat einbringen, dass

- generell wirksame Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und -verlagerung erfolgen?
  - Wir stimmen den Forderungen des deutschen Städtetages zu, in dessen Positionspapier heißt es:  
*„Die Sanierung der Infrastruktur, nachfrageorientierte Angebote im ÖPNV, Mobilitätsstationen, Sharing-Systeme und Fahrradparkplätze müssen Beiträge leisten, die Attraktivität des „Umweltverbunds“ zu steigern. Übergreifende Tarifsysteme und die Einrichtung der hierfür erforderlichen Clearing-Stellen zwischen den Verkehrsträgern können Beiträge für eine Mobilität für alle zu angemessenen Preisen leisten.“* – Positionspapier Deutscher Städtetag
  - ÖPNV vor Auto, Rad vor ÖPNV
  - Für Kinder soll es freie Fahrt in Bus und Bahn geben. Perspektivisch sind ein ticketfreier ÖPNV (Nulltarif) und die Einführung einer Sozial-BahnCard anzustreben.
  - Der ÖPNV muss ausgebaut werden und für Kurzstreckenpendler müssen entsprechende Angebote geschaffen werden um auch während des

- Berufsverkehrs eine bedarfsgerechte Mobilität gewährleisten zu können
- Augenmerk auf barrierefreie Bushaltestellen, Fahrrad- und Fußgängerwege, sowie eine möglichst geringe Schadstoff- und Lärmbelastung und den Erhalt bzw. Neuschaffung von Grünflächen.
- Die Fahrpläne des RVO sollen digitalisiert & Unternehmen wie OpenStreetMap und anderen unabhängigen Diensten zur Verfügung gestellt werden. Die Fortbewegung mit dem ÖPNV muss auch für ortsfremde Menschen eine echte Alternative werden.
- Ein Aus- oder Neubau von Straßen kommt für uns nur dann in Betracht, wenn von unabhängigen Gutachtern nachgewiesen werden kann, dass die Umfeld- und Umweltbelastungen und die Unfallrisiken in der Gesamtbilanz abnehmen, und wenn die erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung zu einem positiven Ergebnis führt!
- der Ausbau der A8 von Bernau bis Landesgrenze 4+2 spurig durchgeführt wird, da diese Variante für einen staufreien Verkehr ausreicht?
  - Wir stehen hinter den Einschätzungen des Rechnungshofes, wonach die 4+2 Variante ausreichend ist. Im Zuge unserer infrastruktur- bzw. verkehrspolitischen Maßnahmen könnten wir den Verkehr bis zu 60 % (bundesweit) einschränken. Dadurch würde die Stau- und Abgasmenge erheblich gesenkt werden können, sodass strittige Straßenausbauprojekte wie dieses ihre Notwendigkeit verlieren würden.
  - Wir wollen einen Ausbau der A8 auf 4 +2 . Wir wollen keine B15neu und auch innerstädtisch keine neuen Fläche für den Autoverkehr.

*Nach der Verkehrsprognose 2030 reicht der 2-spurige Ausbau an 339 Tagen, nur an 26 Tagen wird es wegen sehr hohem Verkehrsaufkommen zu Staus kommen. Durch den 4+2 spurigen Ausbau werden nach der Berechnung des Bundesrechnungshofes mindestens 110 Mio. Euro eingespart und der Flächenbedarf reduziert.*

- die Lärmschutzmaßnahmen wie bei einer Neubaustrecke an der Bestandsstrecke München – Kufstein schnellstmöglich durchgeführt werden und bei Finanzierungsprobleme der Bahn / des Bunds der Freistaat einspringt?
  - Klar ist, dass Bund und Länder mehr in die Schiene und die dazugehörigen Lärmschutzmaßnahmen investieren müssen. Wir fordern diese Maßnahmen bei allen Neubaustrecken und Bestandsstrecken. Umwelt und Mensch dürfen nicht unter neuen Bauvorhaben leiden.
- die Ergebnisse des Planungsdialogs auch von den Entscheidern (Verkehrsministerium, Bundestag) möglichst unverändert übernommen werden?
  - Wir fordern direktere Demokratie und mehr Mitsprache der Gemeinden und Bürger. Dies beinhaltet die stärkere Berücksichtigung lokaler Entscheidungs- bzw. Diskussions-träger wie dem Planungsdialog. Viel zu oft wird oberflächlich mit den Anwohnern diskutiert und am Ende werden sie ignoriert. Dennoch st zu berücksichtigen, dass:
    - es in einer besiedelten Region wie dem Inntal, muss die Planung beginnen mit Vorgaben, die der Besiedelung Rechnung trägt. Grundsätzlich hat der Ertüchtigung bestehender Strecken Vorrang vor dem Neubau.
    - Die Belastung des Inntals kommt heute vor allem vom Verkehr auf der A8. Die Reduktion dieses Verkehrs und seiner Auswirkungen auf die Anlieger muss Ziel der Politik sein. Dazu ist es nötig die Höchstgeschwindigkeit zu reduzieren ( Tempo 100 für PKW ) und die Maut für LKW zu erhöhen.
    - Zur Planung der Eisenbahnstrecke:
      - Das erste Ziel ist die mögliche Höchstgeschwindigkeit auf 160 zu senken , um

auf der Bestandsstrecke bleiben zu können. Das vermeidet aufwendige Kreuzungs- und Verknüpfungsbauwerke. Der Lärm durch die Züge ist durch eine Vermeidung des Lärms (leisere Güterwaggons) und Lärmschutzwände zu vermindern.

Das zweite ist, die grundsätzlich umweltverträglichere Bahn ( Abgase, Lärm, Feinstaub ) hat Vorrang vor dem Verkehr mit PKW und LKW. Ein Ausbau ist gewollt und muss zu sozialverträglichen Kosten möglich sein.

Das dritte ist, das ein Ausbau den öffentlichen Personenverkehr stärken muss. Die Interessen der Bahnpendler sind gleich berechtigt zu den Interessen der Anlieger zu sehen.

- ein Neubau nur bei einem glaubhaft nachgewiesenen Bedarf unter Berücksichtigung des Ausbaustandes am Südzulauf erfolgt?
  - Ohne glaubhafte Kosten-Nutzen-Analyse/Bedarfsanalyse und direkter Notwendigkeit lehnen wir jeden Ausbau ab.
- im Falle eines Baus möglichst große Tunnelabschnitte errichtet werden und sich das Land Bayern ggf. an der Finanzierung beteiligt
  - Die Untertunnelung stellt zwar nicht die beste Alternative dar, ist allerdings im Fall des Baus, die Umwelt schonenste Möglichkeit. Daher schließen wir uns in diesen Fall der Forderung nach möglichst voller Untertunnelung an.

### Bodenschutz / Flächenverbrauch

nachdem das Bayerische Verfassungsgerichtshof am 17. Juli 2018 entschieden hat, das Volksbegehren gegen den Flächenfraß nicht zuzulassen, ist zwar das Volksbegehren vom Tisch, nicht aber das Problem gelöst!

Der Flächenverbrauch geht ungehindert weiter: Der aktuelle Flächenverbrauch in Bayern beträgt 9,8 Hektar (ha) pro Tag (Stand 2016 LfU). Das entspricht in etwa 14 Fußballfeldern (70m x 100m). Pro Jahr werden rund 36 Quadratkilometer Freifläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt. Durch die Umwandlung geht die natürliche Bodenfunktion verloren und durch Erosion wird Boden aus landwirtschaftlichen Flächen abgetragen und belastet als Sediment Gewässer.

Der Erhalt aller Bodenfunktionen ist eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft. Es ist die Aufgabe des Bodenschutzes, die Bodenfunktionen, die vielfach konkurrierenden Nutzungsansprüchen unterliegen, den künftigen Generationen zu erhalten.

Die Bundesregierung will mithilfe der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 den Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen bis 2030 auf 30 ha pro Tag verringern. 4,7 ha entsprechen dabei dem bayerischen Anteil.

Obwohl sich die Staatsregierung zur „Bewahrung der Heimat“ bekennt, geht der Flächenverbrauch weiter. Klare Vorgaben zur Begrenzung fehlen, freiwillige Absichtserklärungen funktionieren nicht.

Was soll Ihrer Meinung nach zum Bodenschutz/ Flächensparen unternommen werden?  
Werden Sie sich in ihrer Partei und im Landtag dafür einsetzen, dass

- der Flächenverbrauch in Bayern auf 5 Hektar am Tag begrenzt wird?

- die Überarbeitung und Weiterentwicklung des Waldgesetzes für Bayern, den Vorrang von naturschutzrelevanten Zielen vor ökonomischer Nutzung sowie das Verbot von großflächigen Kahlschlägen und des Pestizideinsatzes.
- Sollte eine Ausweitung der zu bebauenden Fläche wirklich unabwendbar sein, sollte möglichst ein Bauen in die Höhe statt in die Fläche verordnet werden.
- Der LEP (Landesentwicklungsprogramms) muss genutzt werden, um den ungehemmten Flächenverbrauch in Bayern zu reduzieren. DIE LINKE unterstützt das Volksbegehren „Betonflut eindämmen“
- Es muss ein landesweiter Investitions- und Infrastrukturplan erstellt werden, in welchem die Ziele bzgl. Wohnungsnot, Glasfaser, Straße & ÖPNV sinnvoll aufeinander abgestimmt werden und berücksichtigt wird, dass wir einer Urbanisierung entgegenwirken wollen. Das heißt, wir wollen die ländlichen Strukturen ausbauen und attraktiver gestalten, sodass wieder mehr Menschen auf das Land ziehen, statt sich alle in München zu sammeln.
- Gemeinden dürfen sich nicht weiterhin einen Wettbewerb um die günstigsten Gewerbesteuersätze liefern. Sinnvoll ist die Erhebung einer Versiegelungsabgabe.
- im Landesentwicklungsprogramm (LEP) und im Landesplanungsgesetz verbindliche Vorgaben und Ziele im Sinne des Allgemeinwohls festzulegen werden
  - Siehe oben. Alle unsere Maßnahmen und Forderungen gelten dem Allgemeinwohl.

## Klimawandel

Mit Hitze, Starkregen, Überschwemmungen trifft der Klimawandel auch Bayern. Die LfU-Experten gehen derzeit von einem bayernweiten Anstieg der Jahresmitteltemperatur bis 2050 von einem bis zwei Grad Celsius im Vergleich zum Zeitraum 1971-2000 aus. Bis zum Ende des Jahrhunderts kann auch ein Anstieg der Durchschnittstemperatur bis zu vier Grad Celsius erreicht werden. Die Niederschläge werden sich saisonal umverteilen. Im Sommerhalbjahr ist eine Abnahme und im Winterhalbjahr eine leichte Zunahme der Niederschläge wahrscheinlich.

Die einzelnen Regionen des Freistaates sind davon allerdings unterschiedlich betroffen. Die Starkregenereignisse und die damit verbundene Gefahr von Hochwasser werden voraussichtlich im Winterhalbjahr ebenfalls zunehmen.

Die Veränderung der Temperatur- und Niederschlagsverhältnisse wird für viele Bereiche Konsequenzen haben. Es steigt z.B. die Waldbrandgefahr an, Schädlinge nehmen zu und neue wandern nach Bayern ein, die Ertragssicherheit in der Landwirtschaft nimmt ab. Die Hitzewelle im Sommer 2018 zeigte die ersten Spuren des Klimawandels.

- Was soll Ihrer Meinung nach zum Klimaschutz / Anpassung zum Klimawandel unternommen werden?  
Werden Sie sich in ihrer Partei und im Landtag dafür einsetzen, dass:  
Flüsse und Bäche wieder renaturiert werden und damit Überschwemmungsflächen (Auwälder, Feuchtgebiete) entstehen?
  - Wir fordern in unserem Landtagswahlprogramm:
    - die Stärkung und den Ausbau der landschaftspflegerischen Aktivitäten nach den örtlichen Gegebenheiten, zum Beispiel Almwirtschaft, grüne Flussauen, Bannwald;

- Auenschutz als gelebten Klima-, Natur- und Hochwasserschutz; dies beinhaltet einen Nationalpark Donauauen &
  - die Renaturierung von Flussläufen beispielsweise durch das Entfernen von Uferverbauungen.
- Moore und Feuchtgebiete zur Verbesserung des Wasserhaushalts besonders geschützt werden?
  - ja
- die Bodenversiegelungen zurückgebaut bzw. verhindert werden und Bodenstrukturen vor Erosion und Verdichtung geschützt werden?
  - keine Baumaßnahmen auf hochwassergefährdeten Flächen und angrenzend keine Versiegelung.
  - die Erhaltung der wenigen verbliebenen frei fließenden Gewässerstrecken
- Bayerische Klima-Anpassungsstrategie (BayKLAS) nicht nur auf dem Papier steht, sondern in Landes- Regional und Bauleitplanung als wichtigstes Ziel angesetzt wird?
 

Das Grundprinzip „Eigenverantwortung und Solidarität“ reicht zur Abmilderung des Klimawandels und zur Anpassung an den Klimawandel nicht aus!

  - Klimaziele sind auf allen Ebenen umzusetzen. Mit uns gibt es den Kohleausstieg, den Hambacher Wald, weitere Nationalparks und eine strikte Beachtung solcher Anpassungsvorgaben.
  - Wir stimmten der Aussage zu, dass Eigenverantwortung nicht ausreicht. Unternehmen werden sich nie in dem Maße selbst regulieren, wie wir es für notwendig empfinden. Die Regierung muss ihrer Pflicht nachkommen, das Land und unsere Lebensgrundlage bestmöglich zu erhalten, dies schließt einen gesetzlichen Zwang zum Erhalt unserer Umwelt ein.
- die 10 H Regelung abgeschafft wird, damit die Windkraft auch in Bayern einen Beitrag zur Energiewende leisten kann?
  - Wir meinen 2 H reicht völlig aus, damit ist gewährleistet, dass bei einem Umsturz kein Wohngebäude getroffen werden kann. Eigentlich sollte es aber jeder Gemeinde selbst überlassen sein, wie nah bzw. weit entfernt Windräder aufgestellt werden sollen. Wir unterstützen alle Arten von nachhaltiger Energiegewinnung.

## Naturschutz allgemein

### Artenvielfalt

Durch Flächenverbrauch und Landschaftszerschneidung gerät die Artenvielfalt (Biodiversität) weiter unter Druck, Tieren und Pflanzen fehlt nicht nur die Fläche selbst, sondern auch die Vernetzung der Lebensräume zum Austausch ihres Genpools.

Werden Sie sich in ihrer Partei und im Landtag dafür einsetzen,

- dass ein 3. Nationalpark errichtet und ein wirkungsvolles FFH-Gebietsmanagement durchgeführt und die Wasserrahmenrichtlinien mit Priorität umgesetzt werden, um die Überlebenschancen unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt zu erhöhen, und den natürlichen Anpassungsprozess der Natur zu ermöglichen?
  - Wir fordern ebenso einen 4. Nationalpark. Weiter unterstützen wir alle Maßnahmen zum Erhalt und Verbesserung der Artenvielfalt. Zur Vernetzung der Lebensräume wollen wir mehr Grünbrücken über Autobahnen bauen, wie sie z.B. auf der A71 in Thüringen zu finden ist.

### Ausgleichsflächen

Ausgleichsflächen werden oft nicht ortsnah und manchmal mehrfach ausgewiesen. Die Erstellung und der Zustand werden nicht kontrolliert.

Werden Sie sich in ihrer Partei und im Landtag dafür einsetzen,

- dass die Größe der Ausgleichsflächen ein wirklicher Ausgleich ist, der Ausgleich möglichst ortsnah erfolgt, Erstellung und Zustand kontrolliert und Mehrfachausweisung unterbunden werden?
  - Ja, ja und ja. Wir fordern einen wirklichen Ausgleich, kein Stück Land, das auf Papier so bezeichnet wird.

### Alpenplan

Der Alpenplan wurde 1972 ins Leben gerufen, um verbindlich für eine ausgewogene Entwicklung der bayerischen Alpen zu sorgen. Die Ruhezone C wurden dabei eingerichtet, um lebenswichtige Räume für seltene Tier- und Pflanzenarten zu sichern.

Klimafolgen im Alpenraum zeigen einen besonderen Handlungsbedarf bei den Handlungsfeldern Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Wald und Forstwirtschaft, Naturschutz, Boden und Georisiken sowie dem Tourismus. Wichtiges Instrument zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung und zum Schutz des Bayerischen Alpenraums bildet die Alpenkonvention nebst ihren Protokollen. (BayKlas2016).

Werden Sie sich in ihrer Partei und im Landtag dafür einsetzen,

- dass die Veränderungen zurückgenommen werden,
- der Alpenplan wieder in seiner ursprünglichen Aussage von 1972 Gültigkeit hat und
- die Alpenkonvention mit ihren Protokollen bei Landes-, Regional- und Bauleitplanung berücksichtigt werden?

Die Alpen sind eine Kulturlandschaft, die gerade auch deshalb bei Touristen so beliebt sind, weil es hier soviel Natur gibt. Diese Natur darf nicht den Profitinteressen geopfert werden, sondern muss geschützt werden. Deshalb muss es enge Grenzen geben, die in der Alpenkonvention definiert wurden. Diese Grenzen sind einzuhalten. Projekte wie das Riedberger Horn und das Sudelfeld wird es mit der LINKEN nicht geben.

### Gewässerschutz / Randstreifen an Gewässern z. B am Chiemsee

Zum Schutz von Flora und Fauna sollen laut Bundesnaturschutzgesetz an Bächen, Flüssen und Seen fünf Meter breite Randstreifen frei von Landwirtschaft bleiben. Diese Vorgabe wurde von der Staatsregierung für Bayern nicht umgesetzt.

Werden Sie sich in ihrer Partei und im Landtag dafür einsetzen, dass diese Vorgabe auch für Bayern angewandt wird?

- Wir verstehen, anders als die CSU, Bayern nicht als Ausnahmeland Nr. 1. Bayern ist ein reiches und wunderschönes Land, das es zu erhalten und weiter zu verbessern gilt. Wir werden uns für die Umsetzung dieser Vorgabe einsetzen.